

Detmold um 1900: Auf der Suche nach zukunftsfähiger Identität. Das politische und soziale Kräftefeld im Umbruch

Zukunftshoffnungen für die Stadt 1871

Der Detmolder Bürgermeister Dr. Leopold Heldman erinnerte in seinem Verwaltungsbericht für 1871 an die Amtsübernahme durch den Magistrat zu einer Zeit, „wo unsere deutschen Brüder noch in dem Lande unseres übermütigen Feindes weilten, um unser Vaterland gegen dessen ruchlosen Angriff zu verteidigen“. Er sagte: „So tiefe Trauer der Krieg den einzelnen Familien verursachte, so konnte doch die gesamte Nation sich über die Taten freuen.“ Die Stadt habe dies bereits festlich getan, nach der Schlacht bei Sedan (2. September 1870) und der Einnahme von Paris (29. Januar 1871).

Er beschrieb dann die Zukunft der Stadt und begann mit der Ankündigung (Nr. 153 aus dem Regierungsblatt von 1871), dass „endlich der Bau der Eisenbahn Lemförde – Bergheim in kurzem zustande kommen wird“, um fortzufahren: „Ist dieses der Fall, so tritt unsere Stadt damit in den großen Weltverkehr. Die Bewohner dürfen sich dieserhalb nicht eitlen Hoffnungen hingeben, als ob nunmehr schon alles geschehen sei, sondern es müssen jetzt erst recht alle Kräfte angespannt werden.“¹

Er erinnerte noch an die neuen Gesetze zur freien Bewegung im Reich: an die Gewerbefreiheit und das Gesetz über die Freizügigkeit und den „Unterstützungswohnsitz“, das in Preußen schon 1842 das sog. „Heimatwesen“ abgelöst hatte.² Der Magistrat hatte bereits ein Statut zum Meldewesen erlassen und konnte den Zuzug kontrollieren, nicht zuletzt wegen der Steuerpflicht.

Bei der Volkszählung Ende 1867 hatte Detmold 5217 Einwohner und 557 Militärpersonen, also insgesamt 6269 gezählt. Die Stadt hatte sich inzwischen um 200 Personen vermehrt. 1900 sollte sie rund 12.000 und 1910 14.295 zählen. Der männliche Teil überwog, zumindest bis zum Ersten Weltkriege. Neun Zehntel waren evangelisch und ein Zehntel katholisch.

Infrastrukturelle Fortschritte: Bebauung – Wasserversorgung – Gas und Beleuchtung

Die Stadt stand vor der Aufgabe, ihre Zukunft zu planen. In der Sprache der Urbanisten: primäre und sekundäre Infrastruktureinrichtungen bereitzustellen.

Die ersteren waren: öffentliches Verkehrsnetz, Kanalisierung, Wasserversorgung, Gasbeleuchtung, die letzteren: Behörden, Schulen, Krankenhäuser, Kasernen, Gefängnisse, Kulturstätten, öffentliche Parkanlagen. So wurden nach damaligem Verständnis Grundfunktionen des Menschen erfüllt. Wohnen, Arbeiten, Fortbewegung, Kultivierung von Körper und Geist. (L. Benevolo)

In den großen Städten hatten immer mehr die „Techniker“ das Wort. Ihre Entwürfe waren manchmal nachhaltig. Das große Beispiel war der „Abrisskünstler“ Haussmann in Paris. Vielleicht wurden Deutsche mit seinem Straßensystem für Paris mit zwei Mio. Einwohnern im Deutsch-Französischen Krieg bekannt. Die Weltausstellung in Wien 1873 gab Gelegenheit, eine andere Stadtplanung zu studieren, die historischen Baubestand mit neuen Erfordernissen zu verbinden suchte. Es ist nicht bekannt, wer dorthin gereist ist. Zum Besuch der Pariser Weltausstellung von 1900 bewilligten die Detmolder Stadtverordneten jedenfalls einem Tischlermeister einen Zuschuß von 100 Mark.³ Wir wissen übrigens von Annegret Tegtmeier-Breit, dass lippische Gewerbetreibende schon auf der ersten Weltausstellung in London 1861 ausgestellt hatten.

In der Urbanisierung berücksichtigten die „Stadttechniker“ damals die sozialen Erfahrungen und den Fortschritt der Wissenschaften: die bürgerliche Hygienebewegung, die von England kam, die Cholera, die von Asien nach Europa übergegriffen hatte, die Typhussterblichkeit in Berlin um 1850.

In den großen Industriestädten sorgten Behörden bereits für Arbeiterviertel an der Peripherie und in der Nähe von Fabriken. Die Pariser Weltausstellung zeigte 1878 Haustypen für Arbeiter, 1889 den technischen Fortschritt in einem Maschinenpark.

Auch kleine Städte kannten aus der überregionalen Presse und gelegentlichen Reisen den sozialen und technischen Fortschrittsdruck. Der Magistrat von Detmold wusste, dass die Stadtplanung für lange Zeit „vorzüglich Straßenplanung“ hieß.⁴ Im Jahre 1871 waren neun Straßen festgelegt und in Bau genommen worden, die Arbeiten zur Freilegung von Palais- und Freiligrathstraße waren aufgenommen. Der Magistrat hatte sich in großen Städten wie Duisburg und Braunschweig Rat geholt. Er wartete auf eine Erleichterung der Enteignungsbestimmungen für projektierte Straßen. Er kündigte einen Stadtbauplan an, der zu publizieren und von der fürstlichen Regierung zu genehmigen sei.⁵ Diese Fragen gehörten zunächst noch zu den baupolizeilichen Vollmachten, die nach langen Vorverhandlungen 1849 an den Magistrat übergegangen waren, 1874 einfach gefasst und 1888 erneuert werden sollten.⁶

Die Stadt tat sich schwer mit der Anstellung eines Stadtbaumeisters, der seit der Baupolizei-Ordnung von 1874 vorgeschrieben war. Sie habe mit ihren Baubeamten „wenig Glück“, hieß es später.⁷ Sie vermied eine langfristige

Etatisierung dieser Stelle. Gewiss wollte sie sparen: Kommissarische Stadtbaumeister auf Honorarbasis verminderten zeitweilig die Kosten und arbeiteten im eigenen Büro.⁸ Ein Bürgermeister glaubte, mit der Erweiterung der Baukommission durch Handwerksmeister aus den Reihen der Stadtverordneten zurechtzukommen. Diese wollten ohnehin mehr als dienlich mitreden, zumal einige zugleich als Architekten tätig waren.⁹ Die Fürstliche Regierung drängte seit 1883. Anfang 1887 wählten endlich Magistrat und Stadtverordnete gemeinsam als Stadtbaumeister Paul Hermann Cuno Heufer. Diese Position wurde auch ansonsten stiefmütterlich und engstirnig behandelt. Noch Anfang 1913 wurde die Anschaffung einer Schreibmaschine zunächst der Finanzkommission überwiesen.¹⁰

Heufer kündigte bereits 1890 wegen des mageren Gehalts und betrieb mit unternehmerischer Courage die Gründung der „Lippischen Baugewerkschule“, einer „Fachschule für Bauhandwerker sowie Bau-, Möbel- und Kunsttischler“.¹¹ In Lippe entstanden mehrere solcher beruflichen Fachschulen. Der Bedarf war offensichtlich. Im August 1897 verlangte die Lippische Landeskirche die Gründung von „Fortbildungsschulen“.¹² Im März 1899 ersuchte dann der Lippische Landtag die Fürstliche Staatsregierung, „Fortbildungs- und Gewerbeschulen“ für „sämtliche junge Leute im Alter von 14 bis 18 Jahren“ einzurichten.¹³

Sparsam gingen die Oberen der Stadt – dies mag hier schon eingefügt werden – auch mit sich selber um. Bevor Theodor Petri als Bürgermeister 1882 wiedergewählt wurde, hatten sie hart mit ihm verhandelt. Die Ausschreibung in Lippe, Westfalen und Niedersachsen hatte 29 Kandidaturen erbracht.¹⁴ Die Stadt war offenbar begehrt. Eine Umfrage nach Gehalts- und Anstellungsbedingungen, die Detmolds Bürgermeister in den Hauptstädten der nord- und mitteldeutschen Bundesstaaten 1905 machte, ergab gleichwohl, dass die Residenzstadt mit wenigen anderen Städten am knauserigsten zahlte.¹⁵

Die bauliche Zukunft Detmolds hing von der Ausdehnung nach Westen ab, nachdem Altstadt und Neustadt 1845 vereint worden waren. Die historistische Stadterweiterung war mit dem baulichen Boom der sechziger Jahre vorbereitet worden. Die seitdem projektierte Paulinenstraße war in der Mitte dieses Jahrzehnts angelegt worden. Es folgten die spätere Bismarckstraße und der Kaiser-Wilhelm-Platz auf der Achse der Bruchstraße, gedacht als Zentrum mit Kirche und anderen öffentlichen Gebäuden.¹⁶ Karl Leopold Petri, nach Eckart Bergmann einer der Begründer des historistischen Detmold, kündigte 1871 und kehrte 1878 in die Stadt zurück. Er baute im Folgejahr das abgebrannte Vereinshaus der Ressource an der Ameide wieder auf, 1884 die Fürstlich-Lippische Spar- und Leihkasse, an die dann im Westen das Regie-

rungsgebäude anschloss, und gegenüber 1905-1908 die neugotische Christuskirche. Der Neubau des Landtages mit Landgericht folgte 1912.¹⁷

Die Bruchteilung 1869 hatte im Westen die Neubautätigkeit eröffnet.¹⁸ Fünf Experten hatten Pläne für das neue Viertel vorgelegt. Im September 1871 war endlich der Bebauungsplan genehmigt worden.¹⁹ Er änderte sich noch, weil erst 1878 der Bahnhof endgültig festgelegt wurde.

Wie stand es inzwischen um die Entsorgung der Abwässer? Gegenüber England hatten die deutschen Großstädte bei ihrer Kanalisierung seit den fünfziger Jahren eine Verzögerung von 20 Jahren aufzuholen. 1885/86 waren in Berlin und 18 weiteren preußischen Städten 90% bewohnter Grundstücke an eine modernisierte Kanalisation angeschlossen. In unserer kleinen Residenzstadt war die Kanalisierung des westlichen Stadtteils von Magistrat und Stadtverordneten im September 1866 beschlossen und bis zur Krümmen Straße und zur Straße Unter der Wehme bis 1871 in rudimentärer Form vollendet worden.²⁰ Die Fortführung kam etappenweise.²¹ In den neunziger Jahren wurde zwar ein „großzügiges“ Kanalisationsnetz ausgearbeitet (1893-98)²², aber erst die Wasserversorgung ermöglichte die Verlegung eines öffentlichen Kanalsystems über mehrere Jahre.²³

Die Wasserversorgung begann wenige Wochen vor der Jahrhundertwende durch die Leitung aus den Berlebecker Quellen, deren „ewige Nutzungsrechte“ der Grafregent Ernst zur Lippe im Januar 1898 der Stadt überlassen hatte. Bettina Rinke hat uns die alten Zustände anschaulich beschrieben, die Vorbereitungen bis zum Bau des Wasserwerkes und die Öffnung des Wasserleitungsnetzes für 909 Häuser mit 4.000 Wasserhähnen und 100 Bädewannen, für 70% der Haushalte sowie private und öffentliche Springbrunnen am 1. April 1900.²⁴

Seit Minden 1828 das erste der städtischen Gaswerke in Preußen errichtet hatte, gab es ab Mitte der fünfziger Jahre für diese geradezu einen Boom. Die Gasanstalt in Detmold, angeregt seit 1853, produzierte Koch- und Leuchtgas seit 1859/60. Sie wurde zunächst von einer Aktiengesellschaft getragen, an der aber die Stadt mit einer knappen Hälfte des Anlage-Kapitals, nämlich 20.000 Talern, vorsorglich beteiligt war. Anfang 1884 sollte sie städtischer Besitz werden, 1901/02 von der Lageschen Straße in die Wittekindstraße verlegt werden.

Das Gaswerk war eine lohnende Einnahmequelle. Es bot dem Magistrat und den Stadtverordneten aber auch eine bequeme Möglichkeit, Zuschussbiten verschiedenster Einrichtungen mit Gasdeputaten statt mit Geld zu erfüllen. Großzügig war man dabei nie, auch nicht bei kombinierten Hilfen aus Geld und Gas, etwa beim Sommertheater oder beim Hoftheater. Letzteres wurde auch mit Bedingungen konfrontiert, mit denen die Stadtverordneten 1911

– das politische Kräftefeld hatte sich geändert – der elitären Exklusivität des Spielplans gegensteuern wollten. Sie wollten 3500 Mark und Freigas bis zu 800 Mark nur unter der Bedingung gewähren, „daß mindestens vier volkstümliche Stücke zu ermäßigten Preisen gegeben werden“.²⁵ Im folgenden Februar wollten sie einen Garantiefonds bis zu 3000 Mark nur unter der Voraussetzung bewilligen, „daß den Bühnenmitgliedern das volle Gehalt gezahlt“ werde. Es muss hier eingefügt werden: Für den Neubau des Theaters nach dem Brand am 3. Februar 1912 haben sie immerhin den großzügigen Zuschuss von 100.000 Mark eingebracht. (19. Dezember 1912)

Gas wurde für lange Zeit die maßgebende Energie für die öffentliche Beleuchtung. Die Detmolder hatten sich über die „Straßen-Erleuchtung“ durch 26 hängende oder stehende Öllaternen der Fürstin Pauline seit 1809/10 glücklich geschätzt, nicht so sehr über die dafür auferlegte Laternensteuer.²⁶ 1871 brannten in der Stadt bereits 137 Gaslaternen – nach Brennkalender – bis 11 Uhr abends, sieben auch nachts an den Ecken von Hauptstraßen.²⁷ Die Stadt baute sukzessiv die Gasversorgung aus, ersetzte noch Anfang 1911 Petroleumlaternen durch Gaslaternen. Es waren die Stadtverordneten, die nicht nur die Verlängerung der Gasleitung und neun Laternen für die Meiersfelder Straße beschlossen, sondern in ihrer Detailbeflissenheit die Umwandlung einer Abendlaterne in eine Nachtlaterne an der Ecke Paulinen-/Lagesche Straße. Immerhin beschäftigte die Stadt 1910 nicht mehr die sechs Nachtwächter wie noch 1900, wenn auch inzwischen 14 Schutzleute statt sechs.²⁸ Es waren auch die Stadtverordneten, die 1910 500 Mark für eine probeweise Fernzündungsanlage für Gaslaternen freigaben.²⁹ Dass ein Kutscher 1911 eine der teuren Gaslaternen umgefahren hatte, war mit den Kosten von 63,26 Mark fast ein klagebedürftiges Delikt. Der Magistrat tat sich schwer, davon abzusehen.³⁰ Auch große Städte hielten lange an dieser Beleuchtungsart fest. Elberfeld und Barmen führten dann in Preußen 1887 als erste die elektrische Stromversorgung ein.³¹

Die Eisenbahn – Symbol und Vehikel des Fortschritts

Der Eisenbahnbau und -betrieb war in Deutschland zunächst der privaten Initiative überlassen. Wie in Bayern (ab 1840) tendierte man bald auch in Preußen zum Staatsbahnprinzip. An der Köln-Mindener Eisenbahn mit einem Grundkapital von 39 Mio. Mark war der Staat nur mit einem Zuschuss von 5.580.000 Mark beteiligt. Die Aktien der später angekauften Gesellschaft hatte er wegen der Kosten des Deutsch-Österreichischen Krieges zwar verkauft. Ab 1877 begann aber der Aufkauf von Privatbahnen, bis 1904.³²

In Detmold setzte das konkrete Nachdenken über einen Anschluss ab 1846 ein, dann mit Vermessungen für die Strecke Herford-Detmold-Nieheim zehn Jahre später: Das Bahnhofsgelände sollte in der Gegend der heutigen Fürstengartenstraße beginnen, die Trasse „den Knochenbach aufwärts westl. an der oberen Mühle vorbei und an der Schanze entlang über Heiligenkirchen und Hornoldendorf nach Horn“ führen.³³ Der Plan scheiterte 1859, weil Preußen nicht mitmachte, wie auch spätere Projekte misslangen. Später freuten sich die Detmolder, dass diese Landschaft unberührt geblieben war. Erst mit dem Staatsvertrag zwischen Preußen und Lippe von 1870 begannen die Pläne für die Strecke Herford-Detmold-Altenbeken, seit dem Wechsel der ausführenden Baugesellschaft dann die endgültige Festlegung auf das heutige Bahnhofsgelände und die Begrenzung der Strecke bis Detmold.³⁴ Fortgesetzt wurde sie erst 1893-1895, nachdem – seit 1885 – die Bielefelder Handelskammer dafür plädiert hatte. Die Stadt verzichtete auch im Juni 1885 auf ihren Zuschuss von 150.000 Mark unter der Voraussetzung, dass die Strecke nach Altenbeken und Hannover ausgebaut werde. Sie bewilligte sogar Geldmittel zur Agitation für diese Weiterführung.³⁵ Der Chronist (Gerhard Peters) lobte später den Detmolder Magistrat, dass er damals die Straßenkreuzungen Paulinenstraße-Lemgoer Straße überbrücken ließ. Deswegen sind die Detmolder Bahnsteige heute noch um 3,7 m erhöht.³⁶

Der Anschluss an das Eisenbahnnetz kann in seiner Bedeutung gar nicht überschätzt werden. Die Eröffnung des Personen- und Güterverkehrs am letzten Tage des Jahres 1880 hob die verkehrsmäßige Isolierung auf. Er war faktisch ein Schub für die Wirtschaft und unternehmerisches Denken,³⁷ ein öffentlicher Auftakt für die Gewerbeausstellung 1881. Die Eisenbahn war durch die Presse lang genug gefordert worden. Sie stand für den Glauben an den Fortschritt durch Technik und durch kommunikativen Austausch. Sie veränderte die optische Wahrnehmung, sie gab den Menschen einen neuen Begriff von Raum und Zeit.

Die öffentliche Aufmerksamkeit für technische Pannen und Unfälle blieb kurzzeitig. Die Entgleisung bei Gütersloh am 21. Februar 1851 mit Toten und Verletzten hatte eigentlich nur Aufsehen erregt, weil der preußische Kronprinz und spätere Kaiser Friedrich III. im Zug gesessen hatte.³⁸ Und als die Eisenbahn auf der eigenen Strecke fuhr, war es zunächst unwichtig, dass ihr Komfort nach vier Klassen gestuft war. Die gesellschaftskritischen Karikaturen von Honoré Daumier erreichten Lippe kaum. Dass der Fortschritt der Technik nicht gleichermaßen deren Beherrschung durch den Menschen gewährleistete, gehörte zu den späteren Erfahrungen, die öffentlich nachdenklich machten, wie anlässlich des Eisenbahnunglücks bei Altenbeken am 20. Dezember 1901, mit 14 Toten und 35 Verletzten.³⁹

Ab 1900 kamen die Straßenbahnen hinzu, bis 1912 auf einer Länge von 10 km nach Berlebeck und Hiddesen, von Paderborn 1911/12 – nunmehr von der PESAG – über Lippspringe, Schlangen zum Bahnhof Horn.⁴⁰

Aufregend waren aus behördlicher Sicht die Motordroschken, die damaligen Taxis. Nach dem Ortsstatut für öffentliches Fuhrwesen zur Personenbeförderung hatten die Fahrer während des Dienstes „anständige“ Kleidung zu tragen, später hieß es, „möglichst einheitliche“ Kleidung, und eine Mütze, dessen Abzeichen der Magistrat festlegen sollte. Da damit einheitliches Verhalten noch nicht gewährleistet schien, ordnete das Statut § 5 zudem an: „Es ist ihnen untersagt, die sich auf oder an der Straße befinden, durch Anruf und dgl. zu behelligen.“⁴¹ Die Reglementierungssucht war eifrig. Die Motive sind diskussionswürdig. Vielleicht spielte hier die Sorge mit, der beschleunigte technische Fortschritt bedrohe den sittlich geordneten Umgang in der kleinstädtischen Gesellschaft, für den die kommunale Obrigkeit zuständig zu sein glaubte.

Wirtschaftlicher Wandel: Handwerk – Fabriken – Geldinstitute

Detmold musste Abschied nehmen von der „Ackerbürgerstadt“. In Lippe insgesamt überstieg die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft 1882 den Reichsdurchschnitt um 12%.⁴² Dieser Weg war beschwerlich und langwierig. Ein Indikator demonstriert dies sinnfällig genug. Im Jahre 1865 wurden noch 250 Kühe auf das Stadtbruch getrieben, 1871 waren es 132 für 92 Bewohner, 1899 nur noch 45, die vom Bruchhirten und dem Umhirten – gegen Rechnung – gehütet wurden.⁴³ Viele Gewerbetreibende waren noch mit Garten- und Ackerwirtschaft befasst. In der Stadt selbst musste der Magistrat, wenn er die Pflasterung der Straßen vorantrieb, die Anlieger ermahnen – wie 1885 –, ihre Mistkühlen vor den Häusern in Ordnung zu halten und für Regenrinnen zu sorgen. Die erwähnte Baupolizei-Ordnung von 1874 regelte ausdrücklich die Abdichtung von „Cloaken, Schlamm- und Mistgruben“.⁴⁴

Das Detmolder Handwerk arbeitete hauptsächlich für die eigene Bevölkerung und das nachbarschaftliche Einzugsgebiet, den fürstlichen Hof und die Garnison. Es zeigte im Zeitvergleich (1871-1891-1909) in einigen Hauptberufen eine bemerkenswerte Konstanz, in anderen deutliche Veränderungen, die sich aus der steigenden Kaufkraft und Nachfrage und dem Bevölkerungswachstum ergaben, schließlich aber aus der in Gang gekommenen Industrialisierung. Beispiele waren: die wenig veränderte Zahl der Schumacher, der leichte Rückgang der Tischler, die Verdoppelung der Holzhandwerker, die Vermehrung der Metallhandwerker, der Anstieg von Bäckern und Konditoren, die

Vervierfachung der Zahl der der Barbieri und Friseure.⁴⁵ Vielfach vermehrt hatte sich auch die Zahl der Schneiderinnen und Schneider. Der Handel wuchs in den Sektoren Lebensmittel – hier auch als Großhandel –, Textilien, und – teils mit Handwerksbetrieben verbunden – Porzellan, Glas, Eisenwaren, Elektro- und Lederwaren.⁴⁶

Markant für den wirtschaftlichen und sozialen Wandel der Stadt war die Etablierung von Fabriken. Einige gingen – namentlich nach der Jahrhundertwende – aus dem Handwerk hervor, am stärksten im Holzgewerbe. Die Industrialisierung erzwang zugleich die Reduktion des Handwerks auf seine weiterhin unentbehrlichen Fertigungen. Während andere handwerkliche Berufe verschwanden, differenzierte und spezialisierte sich der Kleinhandel.⁴⁷ Bevor diese Etappe skizziert wird, muss ein Ereignis in Erinnerung gerufen werden, das zu einem nachhaltigen Impuls in der Wirtschaftsgeschichte werden sollte: die Detmolder Gewerbeausstellung 1881 für das Fürstentum Lippe und Schaumburg-Lippe.

Die lippische Gewerbe-Ausstellung 1881

Die erste Anregung kam August 1880 aus dem Handels- und Gewerbeverein, dessen Vorsitzender der Fabrikant Emil Hunke war. Annegret Tegtmeier-Breit hat in der Ausstellung im Lippischen Landesmuseum die weiteren Initiatoren genannt, die umfänglichen Vorbereitungen und die Resonanz. Hauptsächlich die Mitglieder des Handels- und Gewerbevereins hatten den Garantiefonds rasch gezeichnet. Nach endgültigem Beschluss im erweiterten Vorstand (am 20. Oktober 1880) begannen die Platzarbeiten Anfang April, der Bau der Ausstellungshallen Ende Mai 1881.⁴⁸ Eine „Kommission des Stadtverordneten-Kollegiums zur Beschaffung eines Sprengwagens“ sollte noch in aller Eile die probeweise Beschaffung eines solchen Geräts auf Kosten der Ausstellung mit dessen Vorstand aushandeln.⁴⁹ Der spätere Test zerschlug sich zunächst zumindest an der Ungunst des Wetters: Es regnete viel, es sei „kein Staub vorhanden“ gewesen, lautete eine Notiz in den Akten.⁵⁰

Die Eröffnung trug alle Zeichen festlichen Aufwands: die Nationalhymne beim Einzug in die Festhalle, das Hoch auf die beiden Landesherren, das Konzert mit der Kapelle des Infanterieregiments 55, das Festessen, die Grußworte der beiden Bürgermeister, die Würdigung des Präsidenten der Bielefelder Handelskammer, der von einem Ereignis von nationaler Bedeutung für die gewerblichen und kommerziellen Anstrengungen sprach. Dass die letzten Gäste von dort mit dem Zug um 11,07 Uhr gerade noch am nahen Bahnhof eingetroffen waren, unterstrich auch symbolisch die Überwindung der räumlichen Enge. Es herrschte Aufbruchsstimmung.

Die Ausstellung war eine Leistungsschau aus vielen Sektoren. Was Detmold und Lippe im Handwerk und Gewerbe nicht produzierten, war von außen hereingeholt worden. Die historisch und fachlich enge Verbindung mit dem Kunsthandwerk unterstrich den Anspruch auf Qualität und eine Detmolder Tradition.

Die Ausstellung sollte ermutigen und animieren. Sie bezweckte, „diejenige Anregung, welche die großen Ausstellungen der Industrie und dem Großgewerbe bieten, in die eigentlichen Kreise des Handwerks zu tragen“.⁵¹ Sie demonstrierte Selbstbewusstsein im Kampf mit der auswärtigen Konkurrenz. Sie wirkte geradezu wie ein Befreiungsschlag gegen den Makel, in Lippe zurückgeblieben zu sein und verspätet in den Wettbewerb einzutreten. In der heutigen Sprache: Sie war ein vortreffliches Marketing-Ereignis.

Diese Stimmung löste auch kritische Fragen nach den Gründen für den Rückgang gewerblicher Leistungen aus. Nicht zuletzt wurden die Volksschulen ins Visier genommen. Die Lippische Landeszeitung brachte einen Artikel aus der Technisch-gewerblichen Correspondenz, der auf die Forderungen aus deutschen und ausländischen Großstädten verwies, den gewerblichen Unterricht einzuführen. Eine Empfehlung lautete, jede Volksschule solle dazu mit einer örtlichen Fachschule in Verbindung treten.⁵²

Die Ausstellung machte ausdrücklich Front gegen jeden internen – aber auch politisch-konservativen – Versuch, die Hemmnisse und Mängel in diesem mittelständischen Wirtschaftsbereich durch ideologische Überhöhungen zu verbrämen. So berichtete die Lippische Landeszeitung von der Ausstellung: Sie zeigt, „daß auch Geschmack und Kunstliebe dem Handwerk und der Industrie nicht fremd sind, daß man am wahren goldenen Boden des gewerblichen Schaffens festgehalten – und daß man mit dem energischen Griff ins volle praktische Leben, wie es sich in dem wohlgelungenen Unternehmen darstellt, dem Gewerbe einen besseren Gefallen tut, als mit dem hohlen Wortschwall trügerischer Predigt von der sogenannten ‚guten alten Zeit‘ und von gewissen wirtschaftspolitischen Kindermärchen, mit welchen man Leichtgläubige zu dritten Zwecken gängeln möchte.“⁵³

Im Jahr 1881 waren Reichstagswahlen, und die Konservativen warben auch in Lippe mit den alten Parolen von der traditionellen Bedeutung des Mittelstandes. Der gewerbliche Mittelstand ließ sich damit aber umso weniger fesseln, als die Detmolder Wirtschaft inzwischen begonnen hatte, sich um eine Reihe von Fabriken zu ergänzen. Hier nur einige Beispiele: die Brügge-meiersche Tabakfirma, die ab 1884 in neue Räume in der Paulinenstr. 14 umzog; die Keksfabrik Pecher seit 1870, die später von der Bruchstraße in die Klüter Straße wechselte. 1906 kamen die Kekswerke Fricke AG hinzu. Die Fabrik für Steinnussknöpfe – eine Art Elfenbeinersatz – seit 1869 von Emil

Hunke – wir kennen ihn aus der Gewerbeausstellung – zählte bald 100 Arbeiter und Angestellte (und bestand bis 1894).⁵⁴ Auf der Ausstellung war bereits unter den 17 Möbelbetrieben auch eine Detmolder Fabrik mit 30 Arbeitern (Schieferdecker ab 1873), auf der Ausstellung des Lippischen Handwerkerbundes 1896 erschienen weitere: Theodor Müller („Temde“) in der Exterstraße, mit seinem Werk am Bahnhof die „zeitweilig größte Holzlampenfabrik Europas“, der Betrieb des Tischlermeisters Ernst Hilker an der Mühlenstraße, bald mit Serienfabrikation von Zimmereinrichtungen. Es folgten bald andere Möbelfabriken.⁵⁵ In dieser knappen Aufzählung sollte noch erinnert werden, dass es die beiden Brauereien gab, dann seit 1909 fünf statt zwei Sägewerke, zehn Buchdruckereien, fünf lithographische Unternehmen, Sinalco ab 1904, danach die Fruchtsiederei Dr. Balke.⁵⁶

Um 1900 deutete sich für die Zukunft der Stadt noch eine Chance an, die sowohl wirtschaftlichen Aufschwung als auch Imagegewinn bedeuten konnte: die Erweiterung zu einem Kurbad durch Erschließung kohlensäurehaltiger Thermalsprudel. Der damalige Bürgermeister Petri und der Brauereibesitzer Dütemeyer hatten das Mutungsrecht und Bergwerkseigentum auf die Gas- und Mineralquellen auf dem Gebiet der Inselwiese erworben. Nach Petris Tod trat eine längere Pause ein.⁵⁷ Ende 1906 stieß eine „Gesellschaft zur Errichtung eines Kurbades in Detmold“ auf unerwartete Widerstände. Die Regierung befürchtete wirtschaftliche Nachteile für Salzuflen, dessen Erfolge die Detmolder gerade nachahmen wollten, und untersagte auf dem Rechtsweg die Verunstaltung der Landschaft durch einen Bohrturm. Die Gesellschaft stritt weiter und erhielt 1913 lediglich die Erlaubnis zur Ausbeutung der offenen Quellen.⁵⁸ Der Krieg unterbrach alle Absichten. 1919 übernahm die Stadt die Rechte der Kurbad-Gesellschaft. Es begann das zweite Kapitel eines Traumbegehrens.

Die wirtschaftlichen Fortschritte in der Stadt erforderten wie überall institutionelle Antworten auf Kapitalbedarf und die Steuerung der Geldbewegungen. Wolfgang Bender hat uns eine dieser Antworten vorgestellt, den Vorschussverein zu Detmold von 1862. Begünstigt durch die Gesetze von 1867/69 und 1889 hat dieses genossenschaftlich orientierte Selbsthilfewerk unter dem „weitsichtigen“ Leopold Heldman, Bürgermeister ab 1871 und nationalliberaler Landtagsabgeordneter ab 1876, eine stetige, später auch krisenfesten Entwicklung genommen. Die Sozialanalyse hebt die starke Dominanz der Handwerker hervor. Fünf Gründungsmitglieder waren Stadtverordnete. Nach der Jahrhundertwende stiegen die Überschüsse bei boomartigem Aufschwung an. Inzwischen waren auch acht Fabrikanten dabei.

Bei Bender erfahren wir, dass Detmold geradezu eine Stadt der Banken wurde. Die Fürstliche Landesspar- und Leihkasse ging aus der Fusion zweier

Vorgängerinstitute hervor. Das gesamte Bankgeschäft betrieb bereits das Privatbankhaus Salomon & Oppenheimer. Die Konkurrenz wurde schärfer. Die Magistratsakten verraten: Als die Stadt um 1900 einen hohen Kreditwunsch – von einer Mio. – ausschrieb, bemühte sich dieses Bankhaus vergeblich um den Zuschlag – durch ein zweites, nachgereichtes Angebot.

Auf diesem Markt wollte schließlich die Stadt selbst nicht fehlen. Ihr Bürgermeister Theodor Petri griff 1902 eine 1892 noch verworfene Idee wieder auf und machte am 8.12.1902 – er starb am 13. Januar des Folgejahres – die maßgebende Notiz: „Bei dem zur Zeit sehr günstigen Stand des Geldmarktes halte ich es für geboten, die Frage Gründung einer städtischen Sparkasse wieder aufzunehmen. Nach meinen Erfahrungen ist die Stimmung in einem großen Teile der Bürgerschaft diesem Projekte günstig.“⁵⁹ Dass es lohnte, erwies sich bereits ein Jahr nach der Eröffnung am 4.11.1904. Die Einlagenbewegung, „die eigentliche Lebensader des Sparkassengeschäfts“, hatte mehr als eine Mio. Mark betragen.⁶⁰ Der kommunalfiskalische Nutzen der Sparkasse war „besonders bei der herrschenden Geldknappheit augenfällig“.⁶¹ Mit der Unterbringung des Instituts im Obergeschoss des Rathauses (bis 1921) waren die Sparer nicht so zufrieden. Sie fürchteten Einblicke durch das nahe städtische Steueramt.⁶²

Die geplante Zukunft – ein Spagat in der städtischen Raumordnung

Die Industrialisierung hatte ihre eigene Dynamik und setzte die Stadt in ihrer Zukunftsplanung einem Zwiespalt aus. Bisher glaubte sie, Merkmale eines unstrittigen Profils erkannt und gefördert zu haben: historisch-kulturelle Baulichkeit mit fürstlichem Image, moderne urbane Infrastruktur, die wohlthuende Lebensqualität einer erholsamen Stadtlandschaft, die „kleine behagliche Residenz“, die Einkaufsstadt für gehobenen Bedarf, nicht zuletzt für Rentner aus „wohlsituierten besseren Kreisen“.⁶³ Um diese Gruppe bemühte man sich gezielt. Die zweijährige Befreiung von der kommunalen Einkommensteuer sollte ein Anreiz sein. Die fürstliche Regierung befragte deswegen Mitte 1900 zwei Städte mit entsprechendem Wohlstand: Wiesbaden und Darmstadt.⁶⁴

Die Stadt konnte aber schwerlich in einer Industriegesellschaft idyllische Insel bleiben. Magistrat und Stadtverordnete lösten das Problem 1902. Sie verboten die Errichtung von Fabriken „im Gebiet der früheren Mühlenwiese, zwischen Bahnhof und Palaisstraße, auf dem Hiddeser Berg und Papenberg und im Gebiet Neustadt-Gartenstraße“.⁶⁵

Sie öffneten aber zugleich für Ansiedlungen der Industrie ein anderes Stadtgebiet – nördlich der Bahn. Es versteht sich, dass in den ausgeschlossenen

Vierteln die besser Situiereten vor dem Staub und Lärm der künftigen Fabriken bewahrt bleiben sollten. Die strategische Entscheidung war der Versuch eines Spagats zwischen Idyll und Industrie durch städtische Raumplanung. Detmold vollzog – wenn auch tastend und zaghaft – den Übergang von der „Gewerbe- und Verwaltungsstadt zur modernen Industriestadt“.⁶⁶

Mit den Fabriken änderten sich offenbar die wirtschaftlichen Strukturen in der Stadt und in Lippe, somit die Zusammensetzung der Beschäftigten. Die nach und nach aufrückende Arbeiterschaft – viele noch mit landwirtschaftlichem Nebenerwerb – begann, von den Ziegleren zunächst abgesehen, auf die Angebote der Sozialdemokratie zu hören. Paul-Wolfgang Herrmann hat uns gezeigt, wie sie ihr folgte – organisatorisch und in Wahlen – und mit Verspätung im Reichsvergleich. Für die Partei interessierten sich später und sporadisch auch Arbeiterinnen, deren Mehrfachbelastungen Johanna Pointke – „Der Zehn-Stundentag kam erst 1908“ – eindrücklich geschildert hat.

Es änderte sich mit diesen Industrialisierungsschüben das politische Kräftefeld insgesamt – somit auch das politische Klima. Natürlich wandeln sich Mentalitäten nicht über Nacht. Wir müssen uns dies in größeren Zeiträumen vergegenwärtigen.

Lippischer Liberalismus und das politische Klima im Kaiserreich

Nach den verheißungsvollen Märzereignissen von 1848 vollzog Leopold III. eine Wende gegen den Geist der Zeit. Er oktroyierte – unter dem Einfluss einiger Rittergutsbesitzer und gegen die Warnungen seiner leitenden Beamten – am 15. März 1853 die rückständige Verfassung von 1836.⁶⁷ Für Erich Kittel war dies „ein schwarzer Tag der lippischen Geschichte“.⁶⁸ Seitdem wurde die Opposition in Lippe für Jahrzehnte durch den politischen Liberalismus gestellt. Sie artikulierte und formierte sich locker – mit zeitweiligen Verspätungen – in Anpassung an die wechselvolle Entwicklung der Liberalen im preußischen Abgeordnetenhaus und im Reichstag. 1867 gründete sich die „liberale Partei im Fürstentum Lippe-Detmold“, und in ihrer Nachbarschaft die „lippische Fortschrittspartei“, deren „Sonntagspost“ sich 1876 in „Lippische Post“ umbenannte, mit dem Untertitel „Organ der Volks- und Fortschrittspartei“. In Lippe, das Kittel später eine „Hochburg des Liberalismus“ nennen sollte,⁶⁹ dominierte fast durchgängig der Linksliberalismus.

Die sukzessive Mobilisierung und Politisierung der Wähler entfaltete sich an großen lippischen Konfliktpunkten und -fronten. Die Trennung zwischen Dominalhaushalt, also fürstlichem Privathaushalt, und Staatshaushalt war 1868 unbefriedigend geblieben, das Miteigentum des Landes an den Domä-

nen nicht berücksichtigt worden.⁷⁰ Änderungen ließen noch bis 1898 und 1912 auf sich warten. Auf das 1854 wiederhergestellte Jagdregal, das sogar im Deutschen Reichstag durch eine Interpellation von Franz Hausmann mit peinlichem Effekt bekannt geworden war, hatte der Fürst erst am 15. Mai 1872 verzichtet.⁷¹

Der Lippische Landtag war seit 1871 beschlussunfähig und blieb dies bis 1876. Seit einige seiner Mitglieder dem Fürsten den Eid verweigert hatten, sorgten die beiden liberalen Gruppierungen für den Boykott der Wahlen. Die Stadt Detmold lehnte am 28. September 1870 die Wahl zweier Deputierter durch die designierten Wahlmänner ab.⁷² Die Lipper nahmen die Rückständigkeit ihres Verfassungslebens wahr. Auch das nationalliberale „Lippische Wochenblatt“ (1870/71) sprach von einer „Karikatur von Verfassung“. Der Vergleich im Rahmen des Norddeutschen Bundes und Kaiserreichs fiel bitter aus: „nur uns läßt man ewig in den Kinderschuhen stecken“.⁷³ Das „Elend der Kleinstaaterie“ wurde – nach 1848 – wieder ein Thema.

Endlich befand der Landtag – noch nach altem Recht – am 3. Juni 1876 neu über seine Zusammensetzung und seine Rechte sowie ein allgemeines, direktes Wahlrecht für Männer ab 25 Jahren nach drei Steuer-Abteilungen. Während seit den folgenden Wahlen der adlige Grundbesitz fast ganz verschwand, bildete sich – unter Dominanz der Konservativen – ein Gegensatz zwischen Gewerbe und Grundbesitz heraus. So wunderte es nicht, dass dieses Organ eine Reform der Steuergesetze und folglich eine Änderung des Wahlrechts lange verhinderte.⁷⁴ Erst 1892 holte sich die Sozialdemokratie das erste Mandat über die dritte Abteilung. Später gelang dies mit mehreren – als sie auch bei den Reichstagswahlen in die Stichwahl kam.⁷⁵ (1887, 1893 und 1900).

In dem Maße, wie sich das politische Kräftefeld zugunsten der Sozialdemokratie und des Linksliberalismus verschob, wuchs auch die Distanz gegenüber dem Fürstenhaus. Als die Stadtverordneten am 1. August 1901 darüber befanden, ob die Stadt dem Grafen Leopold zu seiner Hochzeit ein Geschenk machen sollte, erbrachte die Abstimmung eine Patt-Situation 11:11. Es war ihnen peinlich, dass dies in die Presse kam.⁷⁶

Die Einbindung in den Norddeutschen Bund und das Reich hatte Lippe finanzielle Belastungen gebracht. Trotzdem wurde die Militärkonvention mit Preußen einstimmig beschlossen. Sie besagte, dass das III. Bataillon des Infanterie-Regiments 55 nach Detmold verlegt wurde, das an die Tradition des „Lippischen Bataillons“ anknüpfte. Andreas Ruppert hat an einem Filmabend über das Militär in Detmold 1905-1910 analysiert, aus welchen Motiven die Stadt ihren Garnisonscharakter schätzte. Der vermeintliche wirtschaftliche Nutzen trat hinter dem Stolz über die sichtbare Teilhabe an reichsdeutscher Wehrkraft zurück. Der spätere Neubau der Kaserne, den sie mit einer großen

Anleihe 1899 vorbereitete,⁷⁷ erfüllte sie mit Genugtuung, während sie im Juni 1912 den Bescheid mit Bedauern aufnahm, „daß die Verlegung eines weiteren Bataillons nach Detmold nicht stattfinden kann“.⁷⁸

Viele sonstige Anpassungen an die größere Einheit des Reiches erwiesen sich als Verbesserungen: die Gewerbefreiheit – über deren Vorteile schon 1866 der „Lippische Städtetag“ diskutierte –, die Gerichtsverfassung, die Justiz und Verwaltung trennte, die Verwaltungsgerichtsbarkeit, die der inzwischen liberal dominierte Landtag 1897 nach jahrelangem zähen Ringen durchsetzte,⁷⁹ und am Ende des Jahrhunderts das BGB.

Die Einweihung des Hermannsdenkmals

Wie stellte sich die Residenzstadt seit den siebziger Jahren auf das Kaiserreich ein? Ein Schlüsselereignis, die Einweihung des Hermannsdenkmals am 16. August 1875, gibt darüber dichteste Auskunft. Detmold war in den damaligen Tagen in den Mittelpunkt nationaler Aufmerksamkeit gerückt. Es schmeichelte der Stadt, dass sogar ausländische Zeitungen wie die „Times“ und der „New York Herald“ Reporter entsandt hatten. Unter den Glückwünschen der Auslandsdeutschen waren die aus Rom: „Hermann warf den römischen Feind aus deutschen Gefilden. Deiner denken vereint die Deutschen aus Rom.“⁸⁰ Die eigens für die Festlichkeiten vom Schwiegersohn Ernst von Bandels komponierte Hermannskantate probte ein großer Musikchor noch bis zuletzt. In der geschmückten Stadt lief dann ein buntes Programm ab: Parade des Infanterie-Regiments 55, Einweihung des Kriegerdenkmals für die Gefallenen des Krieges von 1870/71 auf dem Bruch, in Anwesenheit mehrerer Kriegervereine, der Primen und Sekunden des Gymnasiums und der oberen Klassen der Bürgerschulen, des fürstlichen Hofes auf einer Tribüne, mit Reden des Bürgermeisters, dessen Hoch auf Kaiser und Landesherr, und des Kommandeurs des 7. Armeekorps.

Am folgenden Tag der Festzug: Vereine, Turner, Studentengruppen. Am Spätnachmittag Ankunft des Kaisers mit einer sechsspännigen Hofkutsche über Meinberg aus Schieder, bis dahin hatte er die Eisenbahn genommen. Wie begeistert die Menge war, entnehmen wir dem Tagebuch eines Siebzehnjährigen: „Das war ein erhebender und gewaltig bewegender Moment, als dieser Wagen an uns vorbeifuhr. Vor innerer Erregung erstickte manchem Zuschauer das Hurra in der Kehle. Es war uns, als führe in dem Heldenkaiser ein Stück Weltgeschichte vorüber.“⁸¹ Am Sonntag setzte sich der Festzug zur Grotenburg in Bewegung, mit der Bückeburger und Detmolder Militärkapelle, gleich dahinter die älteren Leopoldiner, wie Hanns-Peter Fink zu berichten

weiß. Zum Festakt kamen dort rund 30.000 Menschen zusammen. Die Festrede des Geheimrats Preuß, des späteren Gründers der Landesbibliothek, von den Zeitungen später als „rhetorische Meisterleistung“ gelobt, wurde leider in diesem Lärm und Trubel von vielen nicht verstanden.⁸²

In diesem Volksfest mit vielen patriotischen Tönen waren die – ohnehin minoritären – Vorbehalte gegen die Lasten seit der Reichseinigung verfloßen. Die Bevölkerung demonstrierte eine auf Kaiser und Reich gerichtete Gesinnung, und dies um so mehr, als die politische Obstruktion gegen den fürstlich willfähigen Landtag nach altem Recht noch andauerte.

In der Reichspolitik herrschte zudem noch Eintracht zwischen Bismarck und dem Liberalismus. Der Bruch kam 1878, als er die Wende zur Schutzzollpolitik vollzog. Seit der „Sezession“ der „Liberalen Vereinigung“, die separat in die Reichstagswahlen 1881 ging, verschärften die Linksliberalen – in wechselnden Formationen – die Kritik am kaiserlichen Obrigkeitsstaat unter Bismarck und danach. Während die Nationalliberalen dem zweiten, moderierten Entwurf der Sozialistengesetze und deren viermaliger Verlängerung in den achtziger Jahren zustimmten, verweigerten sich die Linksliberalen; Theodor Barth hatte sich dem Gesetz schon als einziger Nationalliberaler versagt.

Nur gelegentlich drangen die Standpunkte und Kontroversen der Liberalen bis nach Lippe durch. Vor den Reichstagswahlen 1881 hatte die „Lippische Landeszeitung“ einen Artikel gebracht, in dem der Linksliberalismus sich verbat, dass die Konservativen sich das Verdienst der nationalen Einigung zugerechnet hatten. Seine Angriffe auf Bismarck selbst übernahmen die Detmolder und Lipper kaum. Dass dieser eine weitere Parlamentarisierung verhindern wollte, deren Befürworter, die Liberalen, er letztlich für die gefährlichsten Gegner hielt, nahmen sie nur gelegentlich wahr. Wäre er zur Einweihung des Hermannsdenkmals gekommen, hätte die Stadt Detmold ihm das Ehrenbürgerrecht zugesprochen. 1895 tat sie es gemeinsam mit den anderen lippischen Städten.

Die langsame Erstarkung der lippischen Linksliberalen verhinderte nicht, dass das politische und gesellschaftliche Klima noch von den Konservativen dominiert wurde. Auch Lippe hatte teil an Tendenzen, die schon in einigen Referaten dieses Projekts erwähnt worden sind. Den 48er Liberalismus gab es vor der Jahrhundertwende im ganzen Reich nicht mehr. Das liberale Bürgertum hatte sich längst – in der hochindustrialisierten Gesellschaft des Kaiserreichs – sozial differenziert, politisch desintegriert und organisatorisch fragmentiert. Seine Wählerschaft war in wachsenden Kontingenten den nationalistischen, bald imperialistischen Lockungen der neuen Massenorganisationen gefolgt. Auch Gruppierungen aus seinen Eliten neigten dazu, ihre Zielsetzungen freiheitlichen Ausbaus des Reichs preiszugeben und sich mit dessen

agrarisch-konservativen Herrschaftsschichten zu arrangieren, möglichenfalls an ihren Privilegien zu partizipieren und – um Norbert Elias zu folgen – in der Rangordnung der „satisfaktionsfähigen“ Wilhelminischen Gesellschaft als zweitklassiger Juniorpartner zu figurieren.⁸³ Auch in der Garnisonsstadt Detmold bestimmte eine Elite, die das Klima vorgab, ein überhöhtes Selbstbild der Nation in das Zentrum ihrer Vorstellungen rückte und in einer Reihe von vaterländisch gesinnten Vereinen gleichsam ihr Fußvolk steuerte.

Die lippische Kirche stand auf der Seite des gebildeten und besitzenden Bürgertums. Sie fürchtete die Sozialdemokratie wie der Teufel das Weihwasser. Ein Beispiel. Ende Oktober 1891 traf sich der Klassentag der Reformierten Klasse Detmold der Lippischen Landeskirche zu seiner Jahresversammlung in der Herberge zur Heimat. Sein damaliges Einzugsfeld reichte bis Augustdorf, Lage, Salzuflen, Horn und Meinberg, insgesamt 66.564 „Seelen“.⁸⁴ Der erste Punkt in der Tagesordnung lautete: „Was ist von Seiten des Pastors und des Kirchenvorstandes zu tun, dem Eindringen der Sozialdemokratie in ihre Gemeinde zu wehren?“ Der Referent Pastor Emil Zeiß aus Heiligenkirchen warnte vor der „Gefährlichkeit des Feindes“: „Es gilt die Krankheit zu erkennen, um danach die Heilmittel zu ermessen.“⁸⁵

Politisch verortet wurden nicht zuletzt auch verhaltensauffällige Erscheinungen in der Jugend: Zuchtlosigkeit, Verwilderung, Genußsucht. Der Generalbericht in der Klassenversammlung zu Detmold am 8. November 1893 notierte aus Schötmar: „Es wird immer schwerer, selbst die Konfirmanden und namentlich die Kinder der sozialdemokratisch angehauchten oder doch unter der Not der Zeit leidenden Fabrikarbeiter über das Irdische zu erheben zu den lichten Höhen des Glaubens und der himmlischen Freude.“⁸⁶

Und wie antwortete die Kirche auf die „Not der Zeit“? Ende Oktober 1901 diskutierte die Klassenversammlung die „sozialen Mißstände“ in den Gemeinden. Die soziale Frage habe einen berechtigten Kern, meinte der vortragende Pastor Sauerländer, empfahl aber, sie nicht auf der Kanzel zu behandeln: „Hier beschränke man sich darauf, das sittliche Moment zu betonen, die Reichen zur Gerechtigkeit und die Armen zur Genügsamkeit zu ermahnen.“⁸⁷ Die Besorgnis über das „drohende Anwachsen der Sozialdemokratie“ (1903) hielt sich in den folgenden Jahren und erschien auch erneut in der Tagesordnung der Klassenversammlung Detmold 1908.⁸⁸

Verschärfte Politisierung: Der Thronfolgestreit

Der Thronfolgestreit sollte dann eine Schlüsselphase in der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung werden. Er beschleunigte und verdichtete die

Umgruppierung des Kräftefeldes. Er diente zudem den Detmolder und lippischen Linksliberalen als Gelegenheit eines neuen Aufbruchs.

Gehen wir sogleich auf die äußerste Zuspitzung nach dem Tode des Grafen Kasimir ein. Die „Kaiserdepesche“ aus der Rominter Heide in Ostpreußen nach Detmold war selbst für besonnene lippische Gemüter provokativ genug. Im Beileid an den ältesten Sohn Graf Leopold Julius hieß es: „Da die Rechtslage in keiner Weise geklärt ist, kann ich eine Regentschaftsübernahme Ihrerseits nicht anerkennen und lasse auch das Militär nicht vereidigen.“ Es war bekannt: Mit dem Bückeburger Prinz Adolf zu Schaumburg-Lippe war der Kaiser verwandt. Wie dem auch sei, was er hier tat, widersprach der Reichsverfassung. Es war auch nicht die erste öffentliche Panne, die sich der selbstherrliche Monarch leistete.

Wer ihn in der Politik und Presse deswegen schon kritisiert hatte, sah sich bestätigt. Maximilian Harden wies in seiner „Zukunft“ auf das Gelächter in Europa über die Depesche hin, „die das Ausland als ein neues Symptom deutscher Unmündigkeit“ verzeichnet habe.⁸⁹ Er schrieb auch, schon Bismarck sei für das Biesterfelder Recht eingetreten, und fügte hinzu: „und wäre sicher nicht stumm geblieben, wenn er den Tag erlebt hätte, der aus Rominten den Rauhreif nach Detmold trug“.⁹⁰

Die öffentliche Kritik an diesem Monarchen passte reichsweit zum politischen Profil der Linksliberalen. In der betroffenen lippischen Residenzstadt hatte sie doppeltes Gewicht. Es war konsequent, dass die „Liberale Volkspartei“ eindeutig auf die Biesterfelder Karte setzte, mit Hilfe der Lippischen Landeszeitung, die Adolf Neumann-Hofer aus zweiter Hand erworben und zu einem Kampforgan gemacht hatte. Max Staercke wurde später in der Zeitung seine rechte Hand.⁹¹

Entschiedener Linksliberalismus: Rechtsgleichheit

Für die Detmolder war Neumann-Hofer eine kleine Sensation. Er stammte aus Lapinen im fernen Ostpreußen, und es gefiel ihm, nicht nur unbefangen in Detmold Fuß zu fassen, sondern auch den Blick der vornehmen Öffentlichkeit nicht zu scheuen. Heinrich Röhr erinnerte sich: „Als er in einem hellblauen Zweireiher mit der schneeweißen Hose und dem großen, breitrandigen, schwarzen Hut auf seinem mächtigen Haupte an der Seite seiner modern gekleideten und wohlfrisierten Gemahlin zum Promenadenkonzert auf dem Schloßplatz erschien, galt diesen beiden die Aufmerksamkeit aller Konzertbesucher.“⁹² Im politischen Kampf wurde ihm ein ungeheurer Wille und „beinahe hypnotische Kraft“ zugesprochen. Am Ende erreichte er 1907 das einzi-

ge lippische Reichstagsmandat – und behielt es, zunächst in der Freisinnigen Vereinigung, später in der Fortschrittlichen Volkspartei, dann in der DDP bis zu seinem Tode. In Detmolds Geschichte wirkte er nach Kriegsende neben Heinrich Drake im Dreierkollegium des Landespräsidiums.

Zum politischen Profil dieses Mannes nur einige Hinweise. Er gehörte zur Fraktion der Freisinnigen Vereinigung, kannte Friedrich Naumann, der sich ihr mit dem Nationalsozialen Verein nach dessen Auflösung angeschlossen hatte. Seine maßgebenden Parteifreunde wie Theodor Barth und Hugo Preuß hatten längst für einen politischen Schulterschluss mit dem „Revisionismus“ der Sozialdemokratie geworben. Zu einer ungewöhnlichen Belastungsprobe der Fraktion kam es, als sie in einer parlamentarischen Mehrheit unter dem Kanzler Bülow mitwirkte und das Reichsvereinsgesetz zur Diskussion stand. Hatte der 1907 geschaffenen Fraktionsgemeinschaft der drei linksliberalen Parteien darin die Unterdrückung der polnischen Sprache als Versammlungssprache missfallen, so gab sie sich dann mit dem Kompromiss zufrieden, dass dies nicht für Wahlveranstaltungen gelten sollte. Nur vier Abgeordnete folgten diesem Votum nicht. Es handelte sich neben Neumann-Hofer um Georg Gothein, der seit vielen Jahren zur Leitung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus gehörte und später Minister in der Weimarer Koalition werden sollte, Heinrich Potthoff, der in der Fortschrittlichen Volkspartei ab 1910 für die politische Werbung in dem Riesenheer der Angestellten eintrat, sowie um Heinrich Dohrn.

Diese Politiker sahen, wie es Theodor Barth nannte, den „wichtigsten Grundsatz des Liberalismus, den Grundsatz der Rechtsgleichheit“ verletzt.⁹³ Barth hatte damals noch, unterstützt von 50 Ortsvereinen, die Freisinnige Vereinigung beschworen, nicht nachzugeben: „Das Prinzip der Rechtsgleichheit kann gar nicht strikt genug interpretiert werden, zumal in einem Lande wie Preußen und Deutschland, in dem die Staatsverwaltung es täglich schon beinahe gewohnheitsmäßig verletzt.“⁹⁴ Er warnte vor den Folgen: Die Fraktion könne sich nicht mehr auf das Recht berufen, „sollte es einmal zu einer gesetzgeberischen Einschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der Juden oder der Sozialdemokratie oder der Freidenker kommen“.⁹⁵

Neumann-Hofer vertrat Ideen der demokratischen Erneuerung des Linksliberalismus. Er vermittelte den politischen Kampf in Lippe mit den Berliner Protagonisten. In Detmold kommunizierte er fleißig, auch in privaten Gesprächskreisen, mit den verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Kräften und Auffassungen. Nach vielen Missverständnissen setzte er sich durch und gewann den „Zieglerpastor“ Alexander Zeiß und die „besten Köpfe der Volksschullehrerschaft“ zu seinen Freunden.⁹⁶

Reformkräfte in der Schulpolitik

Der Linksliberalismus und die bei den Wahlen und in der Öffentlichkeit aufrückende Sozialdemokratie übernahmen um die Jahrhundertwende die politische Trägerschaft der Forderungen der Volksschullehrer.⁹⁷ Deren Reformbedarf war eklatant. Dafür hatte in Lippe die Reaktion gesorgt – nach den pädagogisch sinnvollen Anfängen unter der Fürstin Pauline und dem Generalsuperintendenten Georg Weerth.⁹⁸ Sie organisierten sich bereits seit den siebziger Jahren in Berufsverbänden und sagten später ausdrücklich dem „politischen Indifferentismus“ ab.⁹⁹

Hauptziel war die Emanzipation von der geistlichen Schulaufsicht, die „Trennung der Schule von der Kirche“, wie der Titel der Schrift eines „evangelischen Lehrers“ 1872 hieß,¹⁰⁰ dem Gründungsjahr des Lippischen Lehrervereins, der seit 1876 Zweigverein des Deutschen Lehrervereins war.

Die Kritik der Betroffenen griff zunächst den gravierenden Lehrermangel auf. Es erstaunt nicht, denn Volksschullehrer wurden miserabel vergütet, sowohl die Inhaber voller Stellen als auch die „Nebenlehrer“ mit überwiegender Herkunft aus den ärmeren Schichten. Noch 1905 sagte eine Kampfschrift: „Mit der Zahl 92 (Schüler pro Lehrer, der Vf.) steht Lippe unter den deutschen Bundesstaaten an 25., d.h. zweitletzter Stelle.“¹⁰¹ Politiker, die für die Zukunftsfähigkeit des Gemeinwesens zuständig waren, mussten sich gefallen lassen, vom Lehrerverein auf die „kausalen Zusammenhänge“ „zwischen Volksschularbeit und wirtschaftlicher Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit eines Volkes“ hingewiesen zu werden. Eine Denkschrift klagte an: „Es ist kulturwidrig, dass ein moderner Staat, auch wenn er Kleinstaat ist, seine Volksschullehrer darben läßt.“¹⁰² Angeprangert wurde auch die Einschränkung der Freizügigkeit: Wer aus den überwiegend minderbemittelten ländlichen Schichten in das 1781 gegründete Lehrerseminar aufgenommen wurde, müsse samt Eltern eine – 1852 eingeführte – Verpflichtung unterzeichnen, „zwölf Jahre die lippischen Zustände zu ertragen oder sich mit 1200 Mark Lösegeld freizukaufen“.¹⁰³

Welche Zustände waren gemeint? Bis 1910 war eine Allgemeine Verpflichtung und Dienstvorschrift für die Neben- und Hilfslehrer an den Volksschulen des Fürstentums Lippe vom 18. Januar 1897 in Kraft, die jedem von ihnen Verhaltensregeln auferlegte, damit er den Erwachsenen und der Jugend ein „erbauliches Vorbild“ sein könne: „Seines hohen und schönen Berufes als Jugendbildner und Volkserzieher soll er allezeit und allewege eingedenk sein und daher in seinem amtlichen wie außeramtlichen Verhalten in keinerlei Weise ein Ärgernis geben.“ Er soll demnach in Benehmen und Auftreten allen Anstoß vermeiden, „der durch Zeichen von Eitelkeit (z.B. übertriebenem

Aufwand in Wohnung und Kleidung), sowie durch Äußerungen von Genuß- und Vergnügungssucht (z.B. ausgedehntem Besuch von Vereinsfestlichkeiten, Teilnahme an Tanzlustbarkeiten und Kartenspiel, sowie gewohnheitsmäßigem Wirtshausgehen) gegeben wird.“¹⁰⁴ In sittliches Verhalten wurden schon die Seminaristen eingeübt. Noch 1911 wurde verfügt, ihnen „jeden Besuch von Wirtshäusern und Konditoreien in der Stadt ohne Erlaubnis des Direktors, sowie das mißfällig beobachtete ‚Flanieren‘ in den Straßen der Stadt, besonders auf der Langen Straße, statt ordentlicher Spaziergänge zur Stadt hinaus während ihrer Freistunden, ernstlich zu untersagen“.¹⁰⁵ Zu Anfang des Jahrhunderts galt auch das Radfahren, wie sich Martin Wolf erinnert, bei der Schulbehörde als anstößig und wurde in einer Lehrerversammlung gerügt.¹⁰⁶

Die konservativen Kräfte, die mit derartiger Prüderie den Zugriff auf die Lehrer und deren Zöglinge zu bewahren suchten, verrieten freilich ihre vollen Absichten, wenn sie vor den politischen Gefahren warnten, die eine Pädagogik ohne die herkömmlichen geistlichen Fesseln zu gewärtigen schien. In der hundertjährigen Gründungsfeier des Lehrerseminars am 30. November 1881 gab der Festredner zu bedenken: „Einseitige Verstandesbildung und vielseitiges Wissen bewahrt den Menschen nicht davor, ein Bösewicht zu werden.“ Er erinnerte an Proudhon und andere Leute mit Intelligenz und Kenntnissen, die das Leben nach dem Grundsatz „Eigentum ist Diebstahl“ hätten umgestalten wollen. „Welcher Lehrer in seiner Schule also nur auf Verstandesbildung und Kenntnisse hinarbeiten wollte, der könnte Mächte hervorrufen und nähren, welche das Leben im Volke, die Ordnung im Staate, das göttliche und menschliche Recht unterwühlen und zerstören.“¹⁰⁷

Was hingegen der offiziellen historischen Bildung und den handlungsleitenden Folgerungen nicht zu widersprechen brauchte, ließ dieselbe Festrede auch erkennen – als sie in anderem Zusammenhang erinnerte: es sei der „schönste Soldatentod“, „auf dem Schlachtfelde zu sterben“,¹⁰⁸ zehn Jahre nach dem Deutsch-Französischen Krieg.

Sterben dürfen hätten die Seminarabsolventen freilich nur – mit offizieller Erlaubnis – als Mannschaftsdienstgrade, allenfalls – ab Ende des Jahrhunderts, als ihnen die sogenannte mittlere Reife eröffnet war – als Unteroffiziere. Der Aufstieg zu Reserve-Offizieren blieb ihnen in der Regel verschlossen. Sie waren im Offizierskorps nicht gern gesehen.¹⁰⁹

Bis zur Jahrhundertwende war Lippe der einzige Staat in Deutschland, der Frauen die „Volksschule als Betätigungsfeld verschloß“.¹¹⁰ Erst der Landtagsbeschluss vom 22. Juni 1904 änderte dies, mit Einschränkungen für die Betroffenen.¹¹¹ Die erste Lehrerin an einer lippischen Volksschule wurde 1910 durch Privatvertrag mit der Schulgemeinde Detmold Charlotte Willer.¹¹² Das Volksschulgesetz, das am 1. April 1914 in Kraft trat und endlich die geistliche

Schulaufsicht beendete, konnte wegen des Krieges nur noch in Teilen durchgeführt werden.

Frauenrollen zwischen Sozialarbeit und politischer Mündigkeit

Wie überall in Deutschland lebten Frauen in einer Gesellschaft, die von Männern dominiert wurde. Sie hatten auch an der vielfach gestuften Statuszurechnung teil, die das breite soziale Spektrum markierte. Soweit sie sich im vielfältigen Vereinswesen engagierten, war dies auch in Detmold überwiegend schichtenspezifisch segmentiert.

Von den vier Historikerinnen, die uns an einem Vortragsabend in thematischer Arbeitsteilung mit Frauenrollen bekannt gemacht haben, hat Gesine Niebuhr eine Reihe hervorstechender Vereine analysiert, in denen Frauen an Leistungen teilhatten oder sie selber erbrachten. Der Detmolder Bildungsverein ab 1881, von Handwerkern initiiert und mit auffallend breiter sozialer Zusammensetzung in der männlichen Mitgliedschaft, band Frauen bei geselligen Anlässen ein, organisierte zeitweilig berufsschulähnlichen Unterricht, unterhielt eine „Volksbibliothek“, betrieb ein Vortragsprogramm mit vielen frauenspezifischen Themen und setzte auch für einige Jahre, nach 1900, seinen gemischten Chor – mit gemischtem Vorstand – bei Musikfesten und Wohltätigkeitsveranstaltungen ein.¹¹³

In der privaten Sozialarbeit – die in vielen Städten strukturelle Lücken schloss – knüpfte der 1844 gegründete Detmolder Frauenverein an die Initiativen der Fürstin Pauline an, setzte – im Geiste der Paulinenanstalten – die Armenfürsorge in verschiedenen Feldern fort, die Kinderbetreuung aus der Arbeiterschaft mit Hilfe von Diakonissen, die Spinn- und spätere Nähsschule. Alles stand unter dem Protektorat der jeweiligen Fürstin, die auch den Vorstand bestellte.

Der Vaterländische Frauenverein, dessen Dachverband für Lippe ab 1908 bereits 1912 14 Zweigvereine zählte, war in Detmold am rührigsten. Hier steuerten die Damen und Herren des gehobenen Bürgertums die Arbeit: „Man traf sich im Schloß bzw. in der Ressource“. Der Verein erreichte 1918 553 Mitglieder. Seine Aufgaben standen in der Tradition helfender Tätigkeiten seit den Befreiungskriegen und dem Deutsch-Französischen Krieg. In Detmold waren es nun eine Gemeindepflegestation mit mehreren Diakonissen, die Säuglings- und Kinderfürsorge sowie Mütterberatung. Eine Delegiertenkonferenz der Vaterländischen Frauenvereine wurde in ihrer Armenpflege schon 1880 ausdrücklich auf „die Forderungen der Nächstenliebe [...] und die Befestigung der gesellschaftlichen Ordnung“ eingeschworen. Eine Tuber-

kulosenfürsorge, die der Detmolder Vaterländische Frauenverein einrichten wollte, scheiterte, wie Wolfgang Bender in anderem Kontext ermittelt hat, an den Ärzten und der Finanzkraft der Stadt.¹¹⁴

Aus der städtischen Oberschicht rekrutierte sich auch vornehmlich der Deutsch-Evangelische Frauenbund, dessen Detmolder Ortsgruppe 1906 mit rund 50 Mitgliedern begann und sich in den Kriegsjahren vervierfachte. Seine Arbeit – bis zu einem institutionalisierten Rechtsschutz ab 1906 und der Mitarbeit im DRK – wurde in der konkreten kirchlichen Sozialarbeit durch die Evangelische Frauenhilfe ergänzt. Diese teilte aber nicht die Forderung der Deutsch-Evangelischen Frauenvereine nach Frauenstimmrecht, freilich beschränkt auf kirchliche und kommunale Gremien.

Gesine Niebuhr hat keinen Zweifel daran gelassen, dass die große Mehrheit der so organisierten Frauen – von denen viele zudem dem Kolonialverein und dem Flottenverein angehörten – die patriotischen und nationalistischen Einstellungen bezeugten, die in die Stimmungen der Vorkriegsjahre eingingen.

Wir sollten noch einen Blick auf die Frauen lenken, die im dunkelsten Schatten der städtischen Gesellschaft standen, auf Frauen, die in den Akten der Detmolder Sittenpolizei zur „Kontrolle liederlicher Frauenzimmer“ aufgeführt waren. Im Mai 1895 ersuchte der Deutsche Frauenverein zur Hebung der Sittlichkeit die Oberbürgermeister und Bürgermeister „als höchste Beamte der Städte“ um Mithilfe im „Kampf gegen die Unzucht, welche das Volksleben verheert und dazu beiträgt, die Gefängnisse zu überfüllen“. Er gab seine Empfehlungen, u.a. die Aufhebung öffentlicher Häuser, „im Sinne und Namen aller anständig und wahrhaft patriotisch gesinnten deutschen Frauen“. Die Vorsitzende schlug vor, „die Zahl der Kontrollierten aussterben zu lassen“, und soweit sie beharrlich blieben, in Besserungsanstalten zu tun.¹¹⁵

In den Detmolder Akten finden sich die „Vorschriften“ der Stadt Lübeck von 1892. Demnach waren diesen Frauen dort die Straßenbahn untersagt, die Kirchen zu anderer Zeit als während der Gottesdienste, das Sommertheater und der Zirkus, das Stadttheater nur im dritten Rang erlaubt. Sie durften auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen nicht Rad fahren.

Mit besonderer Strenge wurden in Detmold Einzelfälle der Nichtregistrierten verfolgt. Die Garnisonsstadt erklärte die Häufigkeit und gab auch die Motive für den Eifer vor, mit dem sie untersucht und geahndet wurden. Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, in Berlin 1902 gegründet, ließ unmittelbar nach Kriegsende u.a. ein Merkblatt für Soldaten verteilen. Man muss darin lesen: „Jeder Soldat hat die heilige Pflicht, sich für sein Vaterland gesund zu halten, doppelt und dreifach in Kriegszeiten, wo an seine Leistungsfähigkeit die größten Anforderungen gestellt werden.“ Dann werden bestimmte Geschlechtskrankheiten genannt: „Sie machen

den Mann auch schlapp und kampfunfähig“. Dann heißt es: „Er muß während der ganzen Dauer des Krieges gesund und frisch bleiben in seinem eigenen Interesse und im Interesse des Vaterlandes, das für den Kampf um seine Freiheit die ganze Kraft eines Jeden braucht.“¹¹⁶

*Antidemokratische Stimmungen – Demokratische Gegenwehr am Anfang
der Weimarer Republik: Der Fall Moritz Rülff*

Eine Notiz aus dem Vortrag über Frauenvereine soll die Schlussbemerkungen eröffnen. Der „Verein für Frauenstimmrecht“ hatte 1903 beim Fürstlichen Konsistorium für das gleiche Wahlrecht in kirchlichen Angelegenheiten plädiert. Unterzeichnerin war Anita Augspurg, die erste 1897 promovierte Juristin. 1915 wurde sie Mitbegründerin der im Haag konstituierten „Frauenliga für Frieden und Freiheit“ aus 25 Ländern. Der handschriftliche Zusatz ihrer ad acta gelegten Eingabe vermerkte „Jüdin“.

Da liegt die Frage nahe: Wie ging die Stadt mit ihren eigenen jüdischen Einwohnerinnen und Einwohnern um? Über das jüdische Schulwesen in Detmold und Lippe haben wir ausführliche Arbeiten. Die Detmolder Synagogengemeinde, die den Neubau ihrer Synagoge in der Lortzingstraße 1907 feiern konnte, erhielt für ihre Schule eine geringe jährliche Unterstützung von der Fürstlichen Regierung, sowie von der Stadt, die ihre Hilfe schließlich von sich aus in den Haushalt einstellte. Die Schule wurde schließlich wegen geringer Schülerzahl geschlossen, der Religionsunterricht in Lippe insgesamt durch ein Wanderlehrersystem erteilt.¹¹⁷

Ein anderer Vorgang sollte hier in Erinnerung gerufen werden. Die Ausstellung hier im Staatsarchiv gibt dazu besonderen Anlass.¹¹⁸ Nach dem Kriege, im Februar 1919, beantragte die Synagogengemeinde die Übernahme von Moritz Rülff in den Detmolder Volksschuldienst. Wir wissen aus seinen Zeugnissen, dass er diese Stadt liebte. Dem Antrag wurde stattgegeben. Dies löste massive Proteste aus. Peter Wagner hat in der hiesigen Gedenkfeier am 27. Januar darauf hingewiesen. Eine Eingabe beim Landespräsidium hatten 629 Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt unterzeichnet, viele aus den sogenannten „schönen Familien“, Offiziere und Juristen. „Die Allee war für die Unterschriftensammler besonders ergiebig“, hat Wolfgang Müller in seiner gründlichen und einfühlsamen Würdigung des Lebens von Moritz Rülff geschrieben.¹¹⁹ Vorbehalte, vorsichtiger formuliert, wurden auch aus dem „Lippischen Lehrerverein“ und der Landeskirche angemeldet.

Die Gleichberechtigung der lippischen Juden war seit der Regentschaft der Fürstin Pauline deutlich gefördert, von anderen Kräften im Laufe des Jahr-

hunderts auch behindert worden. Unterschwellige antisemitische Stimmungen, die sich bei Wahlen kaum zu erkennen gaben, hatten gleichwohl an dem Ungeist der reichsweiten nationalistischen Hetze bis über das Kriegsende hinaus teil. Sie wurden ein Bodensatz für antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik.

Wolfgang Müller deckt aber auch eine andere politische Haltung auf, die sich in der Detmolder Bevölkerung ausgebildet hatte. Das Landespräsidium, eine sozialliberale Koalition, bestand unbeirrt auf seiner Entscheidung für die Anstellung von Moritz Rülff, der Klassenlehrer der Klasse 4b an der Knabenbürgerschule wurde. Der Vorsitzende des Schulvorstandes Max Staercke setzte zusammen mit Martin Wolf durch, dass Moritz Rülff gebührend in Gegenwart des Lehrerkollegiums eingeführt wurde. Im Landtag sagte Staercke – als Abgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei, der Jude sei kein Staatsbürger zweiter Klasse. Aus dem Landespräsidium war es Neumann-Hofer, der im Januar 1920 im Lippischen Landtag den Antisemitismus der Deutschnationalen Partei ebenfalls scharf verurteilte und die Anstellung unmissverständlich mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung verteidigte.¹²⁰ Es war das Schlüsselwort der linksliberalen Gruppe in der Auseinandersetzung um das Reichsvereinsgesetz. Er hatte dazu gehört.

Auch diese Erfahrung demokratischer Durchsetzungsfähigkeit gehört zur Geschichte dieser Stadt. In der Literatur über die Weimarer Republik herrschte lange das Stichwort vom „antidemokratischen Denken“ vor. Im Frühjahr 2000 hatten Kollegen aus den Juristischen Fakultäten in Bielefeld und anderswo ein Symposium über „Demokratisches Denken in der Weimarer Republik“ organisiert. Wie äußerte es sich? Warum ist es verschüttet worden? Ich war dazu eingeladen. Später ging daraus das erste Hugo Preuß-Gedächtnis-Symposium in Berlin hervor, an dem ich als Referent teilnehmen durfte. Es würdigte nicht nur den Schöpfer der Weimarer Reichsverfassung, sondern auch die wissenschaftlichen Leistungen eines großen, politisch hochmotivierten und engagierten deutschen Juden. Inzwischen haben wir in Berlin eine Hugo-Preuß-Gesellschaft gegründet und planen weitere Tagungen und die Herausgabe seines Gesamtwerkes. Ein Beispiel dafür, dass unter neuen Betrachtungsweisen der Forschung – aber auch aus aktuellen Gründen – die Weimarer Republik wieder zum Thema geworden ist. Dass sich ihr auch Stadt und Staatsarchiv im nächsten Projekt zuwenden werden, verspricht Gewinn für die Geschichtlichkeit unseres Bewusstseins und Handelns.

Anmerkungen

1. Verwaltungsbericht der Stadt Detmold 1872. Staatsarchiv Detmold (StA DT) D 106 Detmold Nr.1615.
2. Vgl. Harm Peer Zimmermann, „Weh dem, der keine Heimat hat“ – Heimat als Bestandteil des Armenrechts in Schleswig und Holstein bis 1914. In: Wohlfahrtspflege in der Region. Westfalen-Lippe während des 19. und 20. Jahrhunderts im historischen Vergleich. Hg. von Andreas Wollasch. Paderborn 1997, S. 39-51 (50).
3. Protokolle der Stadtverordnetenversammlung 10.8.1900. StA DT D 106 Detmold Nr.1579.
4. Zit. bei Jürgen Reulecke, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt 1985, S. 51.
5. Verwaltungsbericht 1872 (wie Anm. 1), S. 7.
6. Vgl. Gerhard Peters, Baugeschichte der Stadt Detmold. In: Geschichte der Stadt Detmold, hg. vom Naturwissenschaftlichen und Historischen Verein für das Land Lippe. Detmold 1953, S. 182-225 (212).
7. Peters, S. 197.
8. Jochen Georg Güntzel, Hermann Cuno Heufer (1851-1928), Stadtbaumeister, Privataarchitekt und Leiter der „Lippischen Baugewerkschule“. In: Baumeister und Architekten in Lippe. Hg. von Eckart Bergmann/Jochen Georg Güntzel. Bielefeld 1997, S. 165-197 (166).
9. Güntzel, S. 169.
10. Protokoll der Stadtverordnetenversammlung 9.1.1913. StA DT D 106 Detmold Nr.1581.
11. Güntzel (wie Anm. 8), S. 183.
12. Umlauf Detmold 23.8.1897. Es handelte sich um Forderungen aus den Klassenversammlungen 1896. Archiv der Lippischen Landeskirche Detmold (Archiv LLK), Konsistorialakten betr. die alljährlichen Klassenversammlungen 1891-1905.
13. Antrag Asemissen 7.3.1899, Landtagsverhandlungen 1897-1900. StA DT.
14. Protokoll Stadtverordnetenversammlung 26.10./1.12.1882, D 106 Detmold Nr.1558.
15. Bürgermeister v. 4.3.1905 und beiliegende Übersicht der Sondierung, StA DT D 106 Detmold Nr.1472.
16. Vgl. Eckart Bergmann, Der Detmolder Stadtbaumeister und Baurat Karl Leopold Petri (1830-1909). In: Bergmann/Güntzel (Hg.) (wie Anm. 8), S. 107-127 (109f.).
17. Bergmann, S. 115f.

18. Eine umfängliche Chronik über das Detmolder Stadtbruch findet sich im Anhang des „Berichts über den Stand und die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten der Residenzstadt Detmold für 1889/1900“, erstattet vom Bürgermeister Th. Petri. StA DT D 106 Detmold Nr. 115. Hierin auch die Verhandlungen 1869.
19. Bericht Petri, S. 219f.
20. Verwaltungsbericht 1872 (wie Anm. 1), S. 8.
21. Entwässerung des Landgerichtsgebäudes im Dezember 1888. Protokoll der gemeinschaftlichen Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten-Kollegium 5.12.1881. StA DT D 106 Detmold Nr. 1568.
22. G. Peters, Baugeschichte, S. 223f.
23. Bettina Rinke, Die Einführung der kommunalen Wasserversorgung in Detmold. Zusammenfassung des Vortrags vom 18.12.2000.
24. Bettina Rinke, Einführung.
25. Protokoll der Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung 8.6.1911. StA DT D 106 Detmold Nr. 1581. Es scheint, dass der Magistrat am 22.6.1911 die Vorlage Hoftheater zurückgezogen hat.
26. Vgl. G. Peters, Baugeschichte (wie Anm. 6), S. 199.
27. Verwaltungsbericht für 1889/1900 (wie Anm. 18).
28. Übersicht zum Personal in den Jahren 1900, 1910 und 1920. StA DT D 106 Detmold Nr. 1610. Im Oktober 1914 stellte die Stadt sechs Nachschutzeleute anstelle der zum Heeresdienst einberufenen Schutzleute ein. Nachtwächter hatte sie nur noch zur Aushilfe eingesetzt. (Stand: 22.10.1914).
29. Protokolle der Stadtverordnetenversammlung 2.2.1911, 3.8.1911, 6.9.1910. StA DT D 106 Detmold Nr. 1581.
30. Notiz 15.6.1911. StA DT D 106 Detmold Nr. 1581.
31. Vgl. Reulecke (wie Anm. 4), S. 126.
32. Bernd Breitfeld, Von der Privat- zur Staatsbahn, in: Zug der Zeit – Zeit der Züge. Deutsche Eisenbahn 1835 – 1985, 2 Bände. Hg. von der Eisenbahnjahr Ausstellungsgesellschaft, Berlin 1985, I, S. 185-194 (S. 186f.).
33. G. Peters, Baugeschichte, S. 214.
34. Vgl. Verkehr und Transport in Ostwestfalen-Lippe im Wandel der Zeit. Ausstellungskatalog staatlicher Archive Heft 21. Hg. von Wolfgang Müller/Hermann Niebuhr, Detmold 1987, S. 40f.
35. Protokoll Gemeinschaftliche Sitzungen von Magistrat und Stadtverordneten-Kollegium 10.8.1885, StA DT D 106 Detmold Nr. 1559.
36. Protokoll Gemeinschaftliche Sitzungen 10.8.1885.
37. Die Sparte Handel und Verkehr hatte in den Folgejahren die höchste Steigerungsrate. Vgl. Peter Steinbach, Sozialstruktur und Sozialverhal-

- ten. Überlegungen zur politischen Sozialgeschichte des Fürstentums Lippe in der Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Lippische Mitteilungen 61 (1992), S. 141-174 (144).
38. Vgl. Hans-Joachim Ritzau, Das Eisenbahnunglück. Sicherheitsstreben und menschliche Tragik. In: Zug der Zeit – Zeit der Züge, II. Band, S. 474-480 (S.477).
 39. Verkehr und Transport (wie Anm. 34), S. 45.
 40. Verkehr und Transport, S. 42.
 41. Protokoll Stadtverordnetenversammlung 22.8.1912, StA DT D 106 Detmold Nr. 1581.
 42. Peter Steinbach, Sozialstruktur und Sozialverhalten. Überlegungen zur politischen Sozialgeschichte des Fürstentums Lippe in der Mitte des 19. Jahrhunderts. In: Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde 61 (1992), S. 141-174 (145).
 43. G. Peters, Baugeschichte (wie Anm. 6), S. 216; Verwaltungsbericht für 1889/1900 (wie Anm. 18).
 44. Vgl. Güntzel (wie Anm. 8), S. 166.
 45. Wilhelm Bast, Detmolds Wirtschaftsleben. Ein Überblick über die Entwicklung in den letzten 100 Jahren. In: Geschichte der Stadt Detmold (wie Anm. 6), S. 344-364 (349).
 46. Bast, S. 349.
 47. Vgl. die Angaben bei Bast, S. 357, und die Übersichten bei P. Steinbach, Sozialstruktur (wie Anm. 42).
 48. Lippische Landeszeitung 16.7.1881, Nr. 164.
 49. Protokoll Gemeinschaftliche Sitzung Magistrat und Stadtverordnete 8.7.1881. StA DT D106 Detmold Nr. 1568.
 50. Notiz 21.8.1881. StA DT D 106 Detmold Nr. 1558.
 51. Notiz 21.8.1881.
 52. Die Volksschule und die Schulwerkstatt. Oder kann die Volksschule speziell für das Gewerbe vorbereiten? LZ v. 21.7.1881, Nr. 168. Der Artikel ging davon aus, daß die Kunstfertigkeit des deutschen Gewerbes früher auf höherer Stufe durchschnittlicher Leistungsfähigkeit gestanden habe, und machte für den Rückgang auch die Gewerbefreiheit und Freizügigkeit verantwortlich. Mit der achtjährigen Schulzeit werde der Volksschule das praktische Leben zu lange vorenthalten und die Lust am gewerblichen Leben werde zu spät geweckt.
 53. Die Volksschule. LZ v. 21.7.1881.
 54. Bast, Wirtschaftsleben, S. 253ff.
 55. Bast, S. 355.
 56. Bast S. 353ff. bringt dazu eine dichte Übersicht.

57. Führer durch Detmold, hg. von der Meyerschen Hofbuchhandlung (Max Staercke) Detmold, 1924, VII. Die geologischen Verhältnisse. Weitere Unterlagen StA DT D 106 Detmold Nr.1617.
58. Max Staercke, Detmold als Bad, LZ v. 26.3.1924. Staercke war Vorstandsmitglied des Detmolder Verkehrsvereins.
59. 50 Jahre Städtische Sparkasse 1904-1954, bearb. von Richard Moes, Bürgermeister a.D., Detmold 1909, S. 9.
60. 50 Jahre Städtische, S. 20.
61. 50 Jahre Städtische, S. 20.
62. 50 Jahre Städtische, S. 19.
63. 50 Jahre Städtische, S. 13, 15, 18.
64. Protokolle Gemeinschaftliche Sitzung 2.8.1900. StA DT D 106 Detmold Nr. 1479.
65. Dieter Kuhlmann, Chronik der Stadt Detmold in der Kaiserzeit 1870-1914. Detmold 1999, S. 12.
66. Vgl. Peter Steinbach, Lippische Kommunalverwaltung im 19. Jahrhundert. In: Lippische Mitteilungen 42 (1973), S. 58-90 (87).
67. Zur Haltung der leitenden lippischen Verwaltungsbeamten vgl. Peter Steinbach, Der Eintritt Lippes in das Industriezeitalter. Sozialstruktur und Industrialisierung des Fürstentums Lippe im 19. Jahrhundert. Lemgo 1976, S. 273f.
68. Erich Kittel, Heimatchronik des Kreises Lippe. 2. Aufl. Köln 1978, S. 232.
69. Kittel, S. 268.
70. Vgl. Kittel, S. 236.
71. Kittel, S. 237f.
72. Kuhlmann, Chronik (wie Anm. 65), S. 3.
73. Kittel, S. 278.
74. Vgl. Peter Steinbach, Der Lipper als Reichs- und Landtagswähler im Deutschen Kaiserreich. Detmold 1993, S. 40.
75. Steinbach, Der Lipper, S. 44.
76. Protokoll Stadtverordnetenversammlung v. 1.8.1901, StA DT D 106 Detmold Nr. 1579.
77. Protokoll Stadtverordnetenversammlung v. 26.9.1899, StA DT D 106 Detmold Nr. 1579.
78. Protokoll Stadtverordnetenversammlung v. 13.6.1912, StA DT D 106, Detmold Nr. 1581.
79. Vgl. Carsten Doerfert, Ein Kleinstaat wird Rechtsstaat. Die Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Lippe. In: Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde 68 (1999), S. 188-198.

80. Georg Nockemann, Einweihungs- und Jubiläumsfeiern 1875, 1909, 1925 und 1950. In: 1875-1975. 100 Jahre Hermannsdenkmal. Jubiläumsschrift. Redaktion: Walter Stölting. Detmold 1975, S. 45-64 (45).
81. Nockemann, S. 48.
82. Nockemann, S. 48-51.
83. Vgl. Norbert Elias, Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. 2. Auflage, Frankfurt 1994, insbesondere: Die satisfaktionsfähige Gesellschaft, S. 61-158, und: Exkurs über den Nationalismus, S. 159-222.
84. Statistik der Gemeinden in der Klasse Detmold v. J. 1892. Konsistorial-Akten betr. die alljährlichen Klassenversammlungen 1891-1905. Archiv LLK.
85. Tagesordnung der Klassenversammlung Detmold 28.10.1891. Konsistorial-Akten. Archiv LLK. Vgl. Burkhard Meier, „... eines Predigers Sohn und Vater“. Emil Zeiß – Eine biographische Annäherung. In: Ders./Vera Scheef/Heinrich Stiewe, Emil Zeiß. Ein Lippischer Pfarrer und Künstler. Hg. vom Lippischen Heimatbund und vom Landsverband Lippe. Detmold 2001, S. 11-92.
86. Generalbericht vorgetragen in der Klassenversammlung zu Detmold am 8.11.1893 durch den Superintendenten Werdelmann, S. 11. Konsistorial-Akten. Archiv LLK.
87. Klassenversammlung Detmold 30.10.1901, Konsistorial-Akten. Archiv LLK.
88. Superintendent Nacke, Bad Meinberg, an das Fürstliche Konsistorium in Detmold 28.2.1908. Konsistorial-Akten. Archiv LLK.
89. Maximilian Harden, Lippe-Biesterfeld. In: Die Zukunft, hg. von Maximilian Harden, XIII.Jg., 13.10.1904, Nr.3, S. 75-82 (78).
90. Harden, S. 79.
91. Vgl. Heinrich Röhr, Abschied von der alten Leopoldstraße, o.O., o.J. [Detmold 1967], S. 12. Es handelt sich um eine kopierte Zusammenstellung seiner Artikel von Januar bis April 1967 in der LZ.
92. Röhr, Abschied.
93. Theodor Barth, Der Freisinn im Block. Berlin 1908, S. 106ff.
94. Barth, Freisinn, S. 17.
95. Barth, Freisinn, S. 19.
96. Röhr, Abschied, S. 12f. Alexander Zeiß war der Sohn von Emil Zeiß. Zu den Ziegler und Wanderarbeitern vgl. Peter Steinbach, Der Eintritt Lippes, S. 124ff.
97. Zur Zusammenarbeit des Linksliberalismus mit der Schulopposition vgl. auch Peter Steinbach, Der Lipper als Reichstags- und Landtagswähler im

- Deutschen Kaiserreich. Statistik der Reichstags- und Landtagswahlergebnisse im Fürstentum Lippe 1867-1916. Detmold 1993, S. 28.
98. Vgl. die Würdigung und die Literaturangaben bei Heinrich Bödeker, Die Lippische Landeskirche von 1848-1948. In: Die Lippische Landeskirche 1648-1948. Ihre Geschichte in Darstellungen, Bildern und Dokumenten. Hg. von Volker Wehrmann, Detmold 1984, S. 185-276 (142ff.).
 99. Martin Wolf, Geschichte der lippischen Volksschule. Ein Beispiel für die Emanzipation der deutschen Volksschule und ihrer Lehrer. Lemgo 1964, S. 148.
 100. Vgl. Die Schule in Lippe von 1806-1945 in Bildern, Dokumenten und grafischen Darstellungen, zusammengestellt und bearbeitet von Volker Wehrmann. Hg. vom Landesverband Lippe, Detmold 1980, S. 63.
 101. Die Schule in Lippe, S. 67. 1892 gab es 273 Lehrer und 23 538 Schüler, so dass auf einen Lehrer 86 Schüler kamen. Vgl. Martin Wolf, Geschichte der lippischen Volksschule, S. 115.
 102. Wolf, S. 148f.
 103. Wolf, S. 149. Vgl. das Dokument von 1912 bei Wehrmann, S. 71.
 104. Zit. bei Wehrmann, S. 97.
 105. Zit. a.a.O., S. 18.
 106. Wolf, S. 121.
 107. Zit. bei Wolf, S. 94. Vgl. Wilhelm Burre (Seminaroberlehrer), Das Lippische Lehrer-Seminar. Detmold 1925, S. 133.
 108. Zit. bei Burre, Lehrer-Seminar.
 109. Vgl. Wehrmann (wie Anm. 100), S. 99.
 110. Zit. bei Bödeker, Landeskirche (wie Anm. 98), S. 197.
 111. Wehrmann, S. 112.
 112. Vgl. Wolf, Volksschule (wie Anm. 99), S. 161. Sie war die spätere Ehefrau von Martin Wolf.
 113. Vgl. Gesine Niebuhr, Frauen und Vereinswesen in Detmold, Beitrag in diesem Band.
 114. Wolfgang Bender, Tuberkulosefürsorge in Lippe 1919-1945. Eine verwaltungsgeschichtliche Fallstudie. In: Wohlfahrtspflege in der Region (wie Anm. 2), S. 95-109 (96).
 115. StA DT D 106 Detmold Nr. 999.
 116. Neben diesem pinkfarbenen Merkblatt finden sich auch Merkblätter für Eltern, Mädchen, Frauen und Männer bei diesem Vorgang, in dem bereits neben dem Generalkommando/Chef des Generalstabes der Korps-soldatenrat unterzeichnet. Nach Kriegsende nannten die Akten 70-80 Frauen in zwölf Häusern. StA DT D 196 Detmold Nr. 999.

117. Vgl. Klaus Pohlmann, Das jüdische Schulwesen in Lippe im 19. und 20. Jahrhundert. In: Lippische Mitteilungen 57 (1988), S. 251-342.
118. Die Ausstellung von Sonja Weis, Leben wollt ich ... Dokumentarische Porträts zum Gedenken und Erinnern an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, die vom 27. Januar bis zum 16. März 2001 im Staatsarchiv Detmold zu sehen war, zeigte auch ein Porträt von Moritz Rülff. Das Porträt befindet sich jetzt im Besitz des Gymnasiums Leopoldinum.
119. Wolfgang Müller, Moritz Rülff – ein jüdischer Lehrer in schwerer Zeit. In: Lippische Mitteilungen 57 (1988), S. 365-432 (386).
120. Müller, Moritz Rülff, S. 387-390.

the first of these is the fact that the
the second is the fact that the
the third is the fact that the
the fourth is the fact that the
the fifth is the fact that the
the sixth is the fact that the
the seventh is the fact that the
the eighth is the fact that the
the ninth is the fact that the
the tenth is the fact that the
the eleventh is the fact that the
the twelfth is the fact that the
the thirteenth is the fact that the
the fourteenth is the fact that the
the fifteenth is the fact that the
the sixteenth is the fact that the
the seventeenth is the fact that the
the eighteenth is the fact that the
the nineteenth is the fact that the
the twentieth is the fact that the
the twenty-first is the fact that the
the twenty-second is the fact that the
the twenty-third is the fact that the
the twenty-fourth is the fact that the
the twenty-fifth is the fact that the
the twenty-sixth is the fact that the
the twenty-seventh is the fact that the
the twenty-eighth is the fact that the
the twenty-ninth is the fact that the
the thirtieth is the fact that the
the thirty-first is the fact that the
the thirty-second is the fact that the
the thirty-third is the fact that the
the thirty-fourth is the fact that the
the thirty-fifth is the fact that the
the thirty-sixth is the fact that the
the thirty-seventh is the fact that the
the thirty-eighth is the fact that the
the thirty-ninth is the fact that the
the fortieth is the fact that the
the forty-first is the fact that the
the forty-second is the fact that the
the forty-third is the fact that the
the forty-fourth is the fact that the
the forty-fifth is the fact that the
the forty-sixth is the fact that the
the forty-seventh is the fact that the
the forty-eighth is the fact that the
the forty-ninth is the fact that the
the fiftieth is the fact that the
the fifty-first is the fact that the
the fifty-second is the fact that the
the fifty-third is the fact that the
the fifty-fourth is the fact that the
the fifty-fifth is the fact that the
the fifty-sixth is the fact that the
the fifty-seventh is the fact that the
the fifty-eighth is the fact that the
the fifty-ninth is the fact that the
the sixtieth is the fact that the
the sixty-first is the fact that the
the sixty-second is the fact that the
the sixty-third is the fact that the
the sixty-fourth is the fact that the
the sixty-fifth is the fact that the
the sixty-sixth is the fact that the
the sixty-seventh is the fact that the
the sixty-eighth is the fact that the
the sixty-ninth is the fact that the
the seventieth is the fact that the
the seventy-first is the fact that the
the seventy-second is the fact that the
the seventy-third is the fact that the
the seventy-fourth is the fact that the
the seventy-fifth is the fact that the
the seventy-sixth is the fact that the
the seventy-seventh is the fact that the
the seventy-eighth is the fact that the
the seventy-ninth is the fact that the
the eightieth is the fact that the
the eighty-first is the fact that the
the eighty-second is the fact that the
the eighty-third is the fact that the
the eighty-fourth is the fact that the
the eighty-fifth is the fact that the
the eighty-sixth is the fact that the
the eighty-seventh is the fact that the
the eighty-eighth is the fact that the
the eighty-ninth is the fact that the
the ninetieth is the fact that the
the ninety-first is the fact that the
the ninety-second is the fact that the
the ninety-third is the fact that the
the ninety-fourth is the fact that the
the ninety-fifth is the fact that the
the ninety-sixth is the fact that the
the ninety-seventh is the fact that the
the ninety-eighth is the fact that the
the ninety-ninth is the fact that the
the hundredth is the fact that the